



Schneider setzt sich für Hochschulfinanzierungsvertrag II ein

Rektor der Hochschule bei der Landespressekonferenz in Stuttgart

27.08.2019 | Gegenwärtig werden im Land die Eckpunkte der künftigen Hochschulfinanzierung verhandelt. Eine neue Vereinbarung soll ab Januar 2021 den jetzigen Hochschulfinanzierungsvertrag ersetzen. Jetzt schlagen die Rektorinnen und Rektoren in großer Übereinstimmung Alarm: Neue Entwicklungen lassen befürchten, dass sich die schwierige Finanzierungssituation aller Hochschularten weiter verschärfen wird. Deshalb hat Prof. Dr. Gerhard Schneider, Rektor der Hochschule Aalen, nun gemeinsam mit drei weiteren Vertretern der Landesrektorenkonferenzen an der Landespressekonferenz teilgenommen.

Unter dem Titel „Bildung – dafür steht das Land!“ haben die Landesrektorenkonferenzen der Forschungsuniversitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Baden-Württembergs zur Landespressekonferenz eingeladen. Gegenstand der Pressekonferenz war die Finanzierung der Forschung und Lehre in Baden-Württemberg ab dem Jahr 2021. Prof. Dr. Gerhard Schneider, Rektor der Hochschule Aalen und stellvertretender Vorsitzender der Rektorenkonferenz für angewandte Wissenschaften, erläuterte die Wichtigkeit dieses Termins: „Die Hochschulen haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übernommen, ohne dafür die erforderlichen zusätzlichen Ressourcen zu erhalten. Die zusätzlichen Studienangebote durch die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse oder der Wissens- und Technologietransfer sind nur Beispiele dafür, was die Hochschulen heute bewältigen. Während Ausgaben für andere Bereiche gestiegen sind, sind die Mittel laut einer Berechnung des MWK pro Studierenden und Jahr um 1500 Euro seit 2001 gesunken. Die Ministerien haben jetzt die Verantwortung, das Finanzierungsniveau des Hochschulsystems zu korrigieren und den drohenden Kollaps im System abzuwenden.“

Erhöhung zugunsten von Bildung und Innovation

Bisher haben die Hochschulen und Universitäten die gestiegenen Studierendenzahlen der vergangenen Jahre vor allem mit temporären Programmen und Zusatzbelastungen bewältigt. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen für die Studierenden und die Forschung stetig verschlechtert. Auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden wurden deutlich erschwert. Gleichzeitig sagen die Prognosen der Kultusministerkonferenz bis 2030 eine unvermindert hohe Nachfrage an Studienplätzen an den baden-württembergischen Hochschulen voraus. Deshalb schlagen die Universitäten und Hochschulen unisono Alarm: Ohne ausreichende Finanzierung müssen spätestens im Jahr 2021 Einsparungen durch die Reduktion von Leistungen erfolgen, signifikante Qualitätseinbußen müssen dann in Kauf genommen werden. Dies bedeutet auch, dass Studienplätze in größerem Umfang zur Streichung anstehen könnten.

Gemeinsam fordern die Vertreter aller Hochschularten, dass Baden-Württemberg im Landeshaushalt einen Schwerpunkt auf den Erhalt der Zukunftsfähigkeit des Hoch-

schulsystems setzt. Der Anteil von Hochschulen und Wissenschaft an den Landesausgaben konnte in den letzten Jahren nicht mit dem Anstieg der Studierendenzahlen Schritt halten. Eine bedarfsgerechte Finanzierung des Hochschulsystems würde einen Zuwachs ihres Anteils am Landeshaushalt um weniger als ein Prozent bedeuten und die dringend notwendige Trendumkehr zugunsten von Bildung und Innovation bewirken. Baden-Württemberg muss auch in Zukunft ein Wissenschaftsstandort und Bildungsland bleiben.

Fotonachweis: © Hochschule Aalen/Jan Walford